

Klassekampen, Dossier vom Samstag 15. Januar 2022¹

An der 166. Corona-Presskonferenz wurden die Schulen auf grün gestellt und die Massnahmen etwas gelockert. Doch was geschieht, wenn die nächste Welle kommt?

Aufbruch im Gesundheitsstaat

Corona: Während zwei Jahren hat das Virus die Politik bestimmt. Jetzt wächst der Widerstand hinter Maske und Plexiglas.

Line Madsen Simenstad, Emma Tollersrud (Text), Christopher Ossøen & Marie von Krogh (Bilder)

Der folgende Text ist ein Ausschnitt aus dem Dossier. Übersetzung: Ruth Ammann



Die Bürgerin: Julie Wilhelmsen ist Russlandforscherin am Institut für Norwegische Aussenpolitik NUPI, äussert sich hier aber als Bürgerin und Mutter.

¹ Anm. der Übersetzerin: Klassekampen ist eine linke Tageszeitung in Oslo, Norwegen.

«Alle, mit denen ich redete, erlebten die Schliessungen als schier unerträglich»

Julie Wilhelmsen, Forscherin am NUPI, dem Institut für norwegische Aussenpolitik,² war eine jener, die letzte Woche ihre Stimme erhob. In einer Chronik in *Aftenposten* schrieb sie, dass Corona als die eine grosse und existentielle Bedrohung uns in einen Ausnahmezustand von Gleichschaltung und Einengung versetzt habe, aus dem wir uns jetzt befreien müssen.

Während Wilhelmsen es gewohnt ist, sich als Russland-Forscherin öffentlich zu äussern, war es das erste Mal, dass sie für ihre eigene Sache zur Feder griff. Sie spürte eine Verantwortung, als Staatsbürgerin und Mutter laut zu sagen, dass sie genug hat.

– Ich fand es eindrücklich, dass alle, mit denen ich über Silvester und Neujahr sprach, die Schliessungen als schier unerträglich erlebten. Gleichzeitig fanden sie, es koste sie zu viel, das laut zu sagen. Nach zwei Jahren Coronamassnahmen erleben wir es noch immer als anstrengend, Kritik gegen den Umgang der Behörden zu formulieren. Doch diese Situation greift sehr stark in unser Leben ein, es ist wichtig ein Klima zu schaffen, in dem wir uns immer wieder äussern können, sagt Wilhelmsen.

Noch nie habe sie so zustimmende Rückmeldungen von Leserinnen und Lesern erhalten, erzählt sie. Viele erkannten sich in der Sorge darüber wieder, was es für uns bedeutet in einer gesundheitsbesessenen Gesellschaft zu leben – und insbesondere, wie die Massnahmen Kinder und Jugendliche beeinflussen und formen. Während zweier langer Jahre lebten diese ohne verlässlichen Rahmen, in dem sie aufwachsen und sich entwickeln konnten.

– Ich bin so alt, dass die wichtigsten Entscheidungen getroffen, Gewohnheiten eingeschliffen sind; ich muss nicht herausfinden, wie mein Leben verlaufen soll. Aber die Jugendlichen müssen das! Äussere Alltagsstrukturen, die helfen – Schule, Studium, Arbeit, Bewegung und Begegnungen – fehlten ganz. Stattdessen war da jedes Mal Ödland, wenn sie aufwachten, keine festen Anhaltspunkte, abgesehen von Handy und Netflix. Was passiert da? fragt sich Wilhelmsen.

Die Angstrhetorik

Sie findet, als Wissensgesellschaft bräuchten wir eine breitere Sicht darauf, welche Kosten die Massnahmen bedeuten.

– Damit den Behörden eine so grosse Macht über das Leben der Bevölkerung zugestanden wird, muss das als gerechtfertigt erlebt werden. Dazu braucht es ein Bedrohungsszenarium, das auf eine derart grosse Gefahr verweist, dass wir alle bereit sind viel zu opfern. Doch diese gesellschaftliche Einigkeit ist konstruiert und zerbrechlich. Jetzt ist der Moment sie zu verlassen.

Als Russlandexpertin betont sie, dass Demokratie und eine gewählte, repräsentative Regierung nicht selbstverständlich sind; diese Institutionen und Gesellschaftsformen müssen erhalten werden; dazu muss die Bevölkerung weiterhin selber denken.

² Anmerkung der Übersetzerin: Das NUPI, Norsk Utenrikspolitisk Institut, zu deutsch Institut für Norwegische Aussenpolitik, ist eine mit dem Ausserdepartement verbundene Institution, die laut Homepage inhaltlich unabhängig ist. URL: <https://www.nupi.no/nupi/Om-NUPI/Fakta-om-NUPI/NUPIs-Vedteker>, abgerufen 16.3.2022.

– In Ländern, deren Gesellschaft nicht auf Vertrauen in die Institutionen beruht, wie beispielsweise Russland, war Korona eine Katastrophe. Die Bevölkerung traute den Behörden nicht und folgte dem entsprechend keinen Empfehlungen oder Anweisungen. Wenn das Vertrauen auch hier bei uns schwindet, haben wir ein Problem.

* [...]



Die Ärztin: Mette Kalager ist Ärztin und Medizinprofessorin an der Universität Oslo. Foto: privat.

«Es ist stossend, dass die Behörden die Wissenschaft so wenig einbezogen haben»

Auch für **Mette Kalager**, Ärztin und Professorin an der Universität Oslo, mangelt es an wissenschaftlichem Knowhow. Sie hat langjährige Erfahrung mit der Untersuchung von Massnahmen im Bereich der Bevölkerungsgesundheit und findet, die Corona-Massnahmen seien auf einer dünnen fachlichen Grundlage abgestützt worden. Bereits Ostern 2020 forderte sie in einem Fernsehinterview auf TV 2, dass mehr fundiertes Wissen darüber erarbeitet werden müsse, welche Massnahme nützten und welche nicht, etwa, wie viel Krankheits- und Todesfälle man wirklich reduziere, wenn man die Schulen schliesse.

– Ich wurde lächerlich gemacht, als ich den Punkt mit den Schulen aufgriff. Erna Solberg [damalige Ministerpräsidentin in Norwegen, Anm. der Übersetzung] winkte ab: man könne nicht auf einzelne Forschende hören. Ich kann nachvollziehen, dass es ab und zu grosse Probleme gab und dass es in diesen Momenten Ruhe brauchte. Aber seit Ostern 2020 ist ziemlich viel Zeit vergangen. Weder Politikerinnen und Politiker noch Gesundheitsbehörden bekundeten Interesse an unserem Wissen. Niemand nahm Kontakt auf oder bat um Rat oder fing ein Gespräch an, sagt sie am Telefon aus Florida.

– Was glauben Sie, woran liegt das?

– Man kann sich vorstellen, dass es für eine Politikerin, einen Politiker schwierig ist, sich gegen die Ratschläge der eigenen Fachbehörde zu stellen. Aber es ist stossend zu sehen, wie wenig wissenschaftliche Kreise einbezogen wurden. Gerade Fachbereiche, die viel von der Gesellschaft verstehen und unterschiedliche Standpunkte vertreten, wurden nicht gehört.

Kalager führt an, dass sich die Regierung während der Pandemie nur auf einen verschwindend kleinen Teil einer unabhängigen Corona-Forschung stützte. So bewilligte der Norwegische Forschungsrat im Frühling 2020 zwar 190 Millionen norwegischen Kronen für Forschungsprojekte zu Corona. Seither wurden aber nur zwei Forschungsprojekte in den normalen Ausschreibungen berücksichtigt, die zusammen 22 Millionen Kronen (knapp 2,4 Mio. Fr.) erhielten. Zum Vergleich: Allein 2021 standen den behördeninternen Fachinstitutionen, also dem Volksgesundheitsinstitut und der Gesundheitsdirektion, Beiträge von 185 Millionen Kronen (knapp 20 Mio. Fr.) zur Verfügung.³

– In dieser Pandemie müssen rasch Entscheidungen gefällt werden. Dabei ständig über die Massnahmen zu diskutieren, schmälert doch deren Wirksamkeit und gefährdet die Zustimmung in der Bevölkerung?

– Ich denke, Ehrlichkeit und Offenheit zahlen sich in jedem Fall aus. Dass man glaubt, in einer Krise geschlossen in Bereitschaft zu stehen und dass man in diesem Moment nicht über Unsicherheiten sprechen soll, verstehe ich. Auch akzeptiere ich das Vorher-Nachher-Prinzip, also, dass wir Massnahmen zunächst auf der Basis mangelnden Wissens treffen müssen. Aber man kann sich nicht auf das Vorher-Nachher-Prinzip berufen und gleichzeitig nichts unternehmen, damit wir unser Wissen über die Auswirkungen der Massnahmen vergrössern.

³ Anm. der Übersetzung: Das Folkehelseinstituttet FHI (Volksgesundheitsinstitut) ist zuständig für Monitoring, Forschung und Prävention der Bevölkerungsgesundheit, u.a. im Bereich Impfungen und übertragbare Krankheiten. Dieses Institut war während der Pandemie für Knowhow, Schutzkonzepte und Verhaltensregeln zuständig und damit ähnlich präsent in der Öffentlichkeit, wie in der Schweiz das Bundesamt für Gesundheit BAG. Das Helsedirektoratet (Gesundheitsdirektion) steht auf der gleichen Stufe wie das FHI, beide sind dem Helse- og Omsorgsdepartementet (Gesundheits- und Versorgungsdepartement) unterstellt. Es ist zuständig für die Implementierung der staatlichen Gesundheitspolitik, berät die zuständigen Behörden und erarbeitet Gesetzesgrundlagen.

Forschungsregeln ändern

Kalager verweist darauf, dass während der Pandemie nur zwei randomisierte Studien über volksgesundheitliche Massnahmen gemacht wurden: eine dänische über den Gebrauch von Masken und eine norwegische über Fitnesszentren, in die Kalager selbst involviert war. Letztere ergab, dass beim Indoor-Training keine erhöhte Ansteckung nachgewiesen werden konnte.

– Wir wollten eine ähnliche Untersuchung im November 2020 wiederholen, als die Ansteckungszahlen wieder anstiegen. Wir bekamen auch das Einverständnis der Ethikkommission, wurden aber von der Gemeinde Oslo gestoppt: Die Stadt verbot uns zu forschen. Generell haben die Behörden wenig Interesse gezeigt, Wissen über Nutzen und Auswirkungen von Massnahmen gegen Ansteckungen zu generieren, sagt Kalager.

So offensichtlich Impfungen geprüft und ihre Wirkung kontrolliert werden müssen, müssen Schulschliessungen und alle anderen Schritte, die in das Leben der Bevölkerung eingreifen, untersucht werden, findet Kalager. Das wurde auch versucht. Für eine geplanten Studie im Zusammenhang mit den Schulschliessungen beantragten die Forschenden, für die Studie von der Zustimmungspflicht sämtlicher Eltern befreit zu werden, weil es das Unterfangen logistisch unmöglich gemacht hätte. Die Forschungsethikkommission winkte jedoch ab.

– Ausnahmen von der Zustimmungsregel sind in anderen medizinischen Studien keineswegs unbekannt und wurden auch schon gewährt, wenn der Vorteil für die Gesellschaft die Nachteile des Einzelnen überwiegen, sagt Kalager.

Das Problem liege nicht bei den ethischen Kommissionen, sondern bei den rechtlichen Grundlagen, welche die PolitikerInnen nicht ändern wollten, unterstreicht Kalager. In der Zwischenzeit hat nun Gesundheits- und Versorgungsministerin Ingvild Kjerkol [seit Oktober 2021 Nachfolgerin von «Pandemieminister» Bent Høie, Anm. der Übersetzung], versprochen, dass die Regierung prüfen werde, wie mehr Forschung zu den Massnahmen möglich sei.

Auch wenn Mette Kalager für mehr Forschung und belastbare Daten kämpft, sind ihr die Aspekte, die nicht gemessen und ausgewertet werden können gleichermassen wichtig. Sie verspürt ein Unbehagen, dass unser Alltag durch die Zahl von Neuinfektionen, Spitalbelegungen und Toten so massiv bestimmt werden kann und wir nicht mehr wahrhaben, dass das Leben mehr als Gesundheit ist.

– Wenn ich am Ende meines Lebens wählen müsste, ob ich meine Familie in meiner Nähe habe und ein Jahr weniger lebe, oder ich sie nicht sehe und dafür ein Jahr länger lebe, würde ich meine Familie um mich haben wollen. Andere wählen anders. In einer Demokratie müssen wir alle darüber sprechen können, welche Gesellschaft wir wollen.

Sie denkt oft an die Kinder, die in unserem Gesundheitsstaat aufwachsen und von ihm geprägt werden: Diese wehren sich nicht mehr dagegen, einen Test zu machen, obwohl sie nicht krank sind und sind sehr ängstlich geworden, andere anzustecken.

– Das ist eine enorme Verantwortung für ein Kind. Ist es das wirklich wert?

* [...]